

## Armut bekämpfen

Selbst ein Konzept zur Bekämpfung der Armut ist für CDU, Grüne und FDP zu viel verlangt.

S.3

## Kiefernstraße sanieren

Seit Jahren vertröstet die Stadtverwaltung die BewohnerInnen. Notwendige Sanierungen unterbleiben.

S.4

## Kohlekraftwerk verhindern

Eine Giftschleuder im Hafen plant der Energiekonzern EnBW. Den Widerstand organisiert AST(R)HEIN.

S.6

## OSD auflösen

1200 „Einsätze gegen Randgruppen“ schreibt die Stadt dem Ordnungsdienst als „Zielvorgabe“ vor.

S.7

## Krise? Welche Krise?



© BilderBox.com/Gratisfoto

## Milliarden für die Banken

### Entlassungen für Beschäftigte

Kurzarbeit im Düsseldorfer Sprinter-Werk und für zahlreiche andere Beschäftigte in der Düsseldorfer Metallindustrie, Entlassung von LeiharbeiterInnen, Streichung von Zulagen und Weihnachtsgeld: die Finanz- und Wirtschaftskrise ist in Düsseldorf angekommen. Betroffen sind in erster Linie Beschäftigte, aber auch Erwerbslose: Neueinstellungen werden gestoppt.

Während von der Bundesregierung für die Banken ein 500 Milliarden starker „Schutzschirm“ aufgespannt wird, stehen die Menschen im Regen. Schlimmer noch: sie sollen mit ihren Steuergeldern für Spekulationsverluste von Millionären eintreten und deren Verluste ausgleichen. Für die LINKSFRAKTION Düsseldorf ist das nicht akzeptabel. Mit einer Resolution zu den Haushaltsberatungen will sie den Stadtrat dazu bewegen, vom Bundestag ein bundesweites Konjunkturprogramm zu fordern. Ein Schwerpunkt sollen öffentliche Investitionen des Bundes für eine Energiewende, für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur in Höhe von 30 Milliarden Euro sein. Zudem soll die Kaufkraft der Menschen ge-

stärkt werden: die Erhöhung der Hartz IV-Sätze auf 435 Euro, ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,17 Euro die Stunde und die Wiederherstellung der Rentenformel sind dazu notwendig.

Und: Banken und Konzernen dürfen keinen Euro ohne Gegenleistung erhalten. Wenn der Staat zahlt, muss er entsprechend an Banken und Konzernen beteiligt werden.

Auch im städtischen Haushalt muss auf die Wirtschaftskrise reagiert werden. Die LINKSFRAKTION fordert ein kommunales Investitionsprogramm: der Bau neuer Kindertagesstätten und die Sanierung von Schulen müssen beschleunigt werden, eine städtisches Wohnungsbauprogramm ist notwendig. Im städtischen Haushalt muss auf eine Senkung der Gewerbesteuer verzichtet werden. Statt dessen sollten solche Unternehmen unterstützt werden, die ihre finanziellen Einbußen durch die Krise nicht auf die Beschäftigten abwälzen wollen.

Sorge bereiten der LINKSFRAKTION die Millionen-Kosten für die Großpro-

jekte von CDU, SPD und FDP. Allein der Betrieb der Arena kostet die Stadt jährlich 11 Millionen Euro. „Da wurde Geld verbraten nach dem Motto 'Nach mir die Sintflut'“, meint die Fraktionsvorsitzende der LINKSFRAKTION, Adelgunde Kahl. „Wir machen dabei nicht mit, dass die Fehlentscheidungen im Rat jetzt dazu führen, dass angeblich kein Geld für ausreichende Kita-Plätze und genug ErzieherInnen da ist“.

Erneut bringt die LINKSFRAKTION zudem einen Antrag zur kommunalen Armutsbekämpfung in den Rat ein. 13 Millionen Euro (um diesen Betrag will OB Elbers die Gewerbesteuer senken) sollen für einen „Masterplan Armutsbekämpfung“ bereit gestellt werden. Im November hatten CDU, FDP und Grüne sich sogar dagegen ausgesprochen, überhaupt ein Konzept zur Armutsbekämpfung erarbeiten zu lassen. Von daher ist zu befürchten, dass die Ratsmehrheit bei ihrer skandalösen Aussage „Armut hat es immer gegeben, Armut wird es immer geben“ bleibt und gleichzeitig weiterhin Geschenke an die Wirtschaft verteilt.

## Neues Jahr, neues Glück?

Liebe Leserin, lieber Leser, eine Mehrheit aus CDU und FDP (oftmals unterstützt von SPD und Grünen) interessiert sich nicht für die soziale Situation vieler Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt. Oberbürgermeister Dirk Elbers folgt dem schlichten Motto „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Menschen gut“. Doch vielen Unternehmen geht es gerade deshalb gut, weil sie Niedriglöhne zahlen und unbezahlte Überstunden zur Pflicht machen. Und angesichts der von Banken, Konzernen und Politik verschuldeten Wirtschaftskrise traut sich kaum jemand zur Gegenwehr. Unsere Arbeit im Stadtrat hängt davon ab, ob es gelingt, dem Druck des Kapitals etwas entgegenzusetzen. Und das hängt maßgeblich von Ihrem eigenen Engagement ab. Denn nur, wenn CDU/SPD/Grünen/FDP um Pfründe, Ämter und Einfluss fürchten, werden sie ihre Politik verändern.

Im Rat der Stadt kann die LINKSFRAKTION außerparlamentarischem Druck Ausdruck verleihen und ihn in konkrete Anträge gießen. Ersetzen kann (und will) die LINKSFRAKTION das notwendige Engagement in Gewerkschaften, Sozialverbänden, Initiativen und Vereinen nicht. Von daher haben wir für uns einen Vorsatz, dem Sie sich vielleicht anschließen können: wir werden im neuen Jahr noch stärker, öfter und lauter werden!

Mit den besten Wünschen für das neue Jahr

Adelgunde Kahl, Frank Laubenburg, Gilbert Yimbou für die

LINKSFRAKTION Düsseldorf

Luegallee 65  
40545 Düsseldorf  
Telefon 0211 8995123  
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-12 Uhr  
info@linksfraktion-duesseldorf.de  
www.linksfraktion-duesseldorf.de



## Empörung über Hoepner-Straße in Golzheim

„Nazi-Größen sind nicht zu ehren“, kommentierte die NRZ knapp. Die Stadt hatte zuvor auf Anfrage der LINKSFRAKTION bekannt gegeben, dass sie weiterhin an der Erich-Hoepner-Straße in Golzheim festhalten will. Hoepner war Wehrmachtsgeneral und als solcher, so der Historiker Prof. Dr. Hans Mommsen, im Krieg gegen die Sowjetunion am Niederbrennen von Siedlungen und der Liquidation von Teilen der Bevölkerung beteiligt. „Es ist der Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus“, schrieb Hoepner selbst über den verbrecherischen Angriffskrieg, den er maßgeblich mitverantwortete. Für die Stadtverwaltung ist das alles keine Problem. Hoepner habe immerhin am Rande am versuchten Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 mitgewirkt, das sei für die Straßenbenennung entscheidend gewesen. Für die LINKSFRAKTION ist das kein Argument, denn der sogenannte militärische Widerstand setzte erst ein als der Krieg objektiv bereits verloren war.

Zur Februar-Sitzung des Rates wird die LINKSFRAKTION die Umbenennung der Hoepner-Straße fordern und hofft darauf, dass die Argumente der Stadtverwaltung im Rat keine Mehrheit finden.

Bereits im November war mit den Stimmen der LINKSFRAKTION eine Schule umbenannt worden: die nach der Nazi-Dichterin benannte „Agnes-Miegel-Schule“ wird demnächst „Realschule Golzheim“ heißen.

## Kostenlose Wohnberechtigungsscheine!

Was viele nicht wissen: für einen Wohnberechtigungsschein (WBS), der zur Anmietung einer öffentlich geförderten Wohnung erforderlich ist, muss man Geld an die Stadt zahlen. Nur BezieherInnen von Transferleistungen sind von den Kosten befreit. Studierende und RentnerInnen mit niedriger Rente zahlen 5 Euro für einen WBS. Schon für MinijobberInnen mit 400 Euro Einkommen kostet der WBS 10 Euro. Dabei wird der WBS grundsätzlich nur von einkommensschwachen Haushalten beantragt und benötigt. Eine Wohnung gibt es selbst mit WBS aber noch lange nicht. Nun hat die LINKSFRAKTION beantragt, die Bescheinigungen kostenlos abzugeben. Von CDU, FDP und SPD wurde dies abgelehnt.

## Krise: Ratsmehrheit hat mitgemischt

CDU, SPD, Grüne und FDP verantworten dubiose Finanzgeschäfte

Mehrere Milliarden Euro schwer sind die sogenannten „Cross-Border-Leasing“-Geschäfte, die der Rat der Stadt seit Mitte der neunziger Jahre mit den Stimmen aller anderen Ratsfraktionen - gegen die Stimmen der LINKEN-Vorgänger im Rat - verabschiedet hat. Unter anderem wurden die Müllverbrennung, Kläranlagen, das Kanalnetz, das Rheinbahn-Schiennetz und die Straßenbahnen an US-Fonds „verkauft“ und dann „zurückgemietet“. Hintergrund: durch den „Kauf“ konnte der Fonds in den USA Steuern sparen, die Stadt bekam davon einen Teil ab. Schon damals war klar: es handelt sich um Scheingeschäfte mit dem Ziel der Steuerhinterziehung. Der R(h)einblick berichtete im Februar 2008 ausführlich über diese Deals. Genau solche Scheingeschäfte und die Gier nach noch schnelleren und höheren Profiten ist eine zentrale Ursache der jetzigen Finanzkrise.

Auch die Stadtparkasse, deren Geschäfte von CDU, SPD, Grünen und FDP kontrolliert werden, mischt kräftig mit. Sie gründete eine Tochtergesellschaft, „equity partners“, von der mittlerweile mehr als 1,1 Milliarden Euro verwaltet werden. „equity partners“ kauft Unternehmen auf, um dann Beschäftigte zu entlassen und die aufgekauften Unternehmen aufzuspalten, auszuschlachten



Auch die Müllverbrennung ist verleast

© AWISTA GmbH Düsseldorf

und dann mit Gewinn zu verkaufen. Gerade durch solche Geschäfte, oftmals als „Heuschrecken“-Praxis bezeichnet, wurde die Realwirtschaft geschwächt. Es wurden Unternehmen vernichtet um kurzfristige Profite zu sichern. Die LINKSFRAKTION fordert ein Ende der „private equity“- und „cross-border“-

Geschäfte und hat entsprechende Initiativen in den Rat eingebracht. Zudem, so der finanzpolitische Sprecher der LINKSFRAKTION, Frank Laubenburg, „sollte der Stadtrat sich verpflichten, zukünftig keine Schein- und Spekulationsgeschäfte einzugehen. Wir werden das beantragen.“

## Keine Ehrenbürgerwürde für Maria Wachter?

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP hat der Stadtrat es abgelehnt, der 98-jährigen Maria Wachter die Ehrenbürgerwürde der Stadt zu verleihen. Maria Wachter hatte als junge Frau in Düsseldorf Widerstand gegen die Nazis geleistet, war später von den Nazis inhaftiert, verurteilt und zur Zwangsarbeit gezwungen worden. Bis heute spricht die überzeugte Kommunistin vor Schulklassen und auf Veranstaltungen über die Nazi-Zeit, damit sich junge Leute ein Bild machen können und um vor den neuen Nazis zu warnen.

Die LINKSFRAKTION hatte daher beantragt, diese mutige Frau als erste Frau in Düsseldorf überhaupt mit der Ehrenbürgerwürde auszuzeichnen. Einen ersten Antrag hierzu hatte die LINKSFRAKTION wieder zurückgezogen, weil die etablierten Parteien CDU, SPD, Grüne und FDP das Thema erst im Ältestenrat besprechen wollten. Diese Chance wollten die LINKSFRAKTION den anderen geben. Doch wurde der Antrag dann gar nicht auf die Tagesordnung des Ältestenrates gesetzt. Drei Wochen später, beim zweiten Antrag, hatten die

Grünen es „noch nicht geschafft, sich mit dem Thema inhaltlich zu beschäftigen“. Auch die SPD forderte erneut eine Vertagung. Für die LINKSFRAKTION ein „Herumgeeiere sondergleichen“, wie die Fraktionsvorsitzende Adelgunde Kahl zusammenfasste.

Ehrenbürgerschaften sind in Düsseldorf ein heikles Thema. Erst vor acht

Jahren wurde, nach einer entsprechenden Initiative der damaligen PDS, Adolf Hitler aus der Liste der Ehrenbürger gestrichen.

Wer mehr über das Leben von Maria Wachter erfahren will, kann über die Fraktionsgeschäftsstelle die Langfassung eines Interviews mit Maria Wachter anfordern.



Maria Wachter

© V. Peddinghaus



# Kein Plan zur Armutsbekämpfung?

## CDU, FDP und Grüne verhindern Auftrag an die Verwaltung

Einen „Masterplan Armutsbekämpfung“ forderte die LINKSFRAKTION von der Düsseldorfer Stadtverwaltung. Mit Masterplan bezeichnet man eine Übersicht über geplante Schritte zur Umsetzung einer Strategie oder zur Erreichung eines Ziels. Dass die Armutsbekämpfung nach Ansicht der LINKSFRAKTION eines der wichtigsten Ziele kommunaler Politik darstellen soll, hat Gründe:

In Düsseldorf leben über 63.000 Menschen in Bedarfsgemeinschaften von Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Jedes 5. Kind ist arm, damit liegt Düsseldorf deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die hohe Arbeitslosigkeit und der Abbau sozialer Hilfen haben ebenso zur Verarmung beigetragen wie die Tatsache, dass Erwerbsarbeit oft so schlecht entlohnt wird, dass die Menschen davon nicht leben können.

Am häufigsten von Armut berührt sind Arbeitslose, Alleinerziehende, hier insbesondere Frauen, Familien mit Kindern, Familien mit Migrationshintergrund und ältere Menschen, auch hier insbesondere Frauen.

Oftmals ist Armut nicht sichtbar, weil die Betroffenen sich schämen und alles tun, um nicht als „bedürftig“ aufzufallen. Von daher sei, so die LINKSFRAKTION, eine enge Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, Institutionen und Vereinen notwendig, um auf deren Erfahrung im Umgang mit Armut in Düsseldorf zurückgreifen zu können.

CDU, Grüne und FDP lehnten diesen Vorschlag der LINKSFRAKTION ab, machten aber auch keine eigenen Vorschläge.

Dehalb hat sich die LINKSFRAKTION entschieden, ihren Antrag erneut in den Rat einzubringen - und dabei auch finanzielle Mittel zur Armutsbekämpfung einzufordern. „Armut bekämpfen statt Gewerbesteuer senken“, das ist unser Motto, erläutert der stellvertretende



Voller Laden - leerer Wagen

© M. Symons - Shutterstock

Vorsitzende der LINKSFRAKTION, Gilbert Yimbou. Rund 13 Millionen Euro wollen CDU und FDP den Unternehmen an Gewerbesteuer erlassen. „Wenn wir das Geld zur Armutsbekämpfung hätten, müsste kein Kind mehr mittags aus der Schule hungrig nach Hause“, so Gilbert Yimbou.

Der R(H)EINBLICK zitiert aus dem Antrag der LINKSFRAKTION:

„Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf unterstreicht, dass Armut und die soziale Spaltung in unserer Stadt das Problem von größter Dringlichkeit ist, auf das die politisch Verantwortlichen endlich mit hoher Priorität reagieren müssen.“

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur Februarsitzung des Rates eine Konzeption zur Erstellung eines „Masterplans Armutsbekämpfung“ vorzulegen.

Der Masterplan soll dazu dienen, die Bekämpfung von Armut als dringliche und langfristige Aufgabe der Politik in der Landeshauptstadt Düsseldorf zu entwickeln, zu verankern und in ihren Ansätzen, Instrumenten und Ergebnissen überprüfbar zu machen.

Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Armutsentwicklung in der Landeshauptstadt Düsseldorf und die Ergebnisse Düsseldorfer Einrichtungen und Verbände, die sich eingehend mit Armutsentwicklung befassen, sind einzubeziehen.

Armutsbekämpfung ist als Querschnittsaufgabe der Düsseldorfer Politik deutlich zu machen und konkrete Etappenziele der Armutsbekämpfung zu formulieren.

Der „Masterplan Armutsbekämpfung“ soll die besondere Dringlichkeit der Armutslage in einzelnen Sozialräumen der Stadt entsprechend berücksichtigen und aufzeigen, welche Instrumente (z.B. Beschäftigungspolitik, Qualifizierung, Soziale Stadt) in der Lage sind, Armutsbekämpfung dort besonders zu unterstützen.

Sowohl die Fachöffentlichkeit als auch die allgemeine Öffentlichkeit sollen in geeigneter Weise in seine Erstellung einbezogen werden. Dazu können u.a. öffentliche Anhörungen, ExpertInnen-Gespräche, Stadtteilkonferenzen oder Fachkommissionen dienen.

## Wer bezahlt die Stadt? Spender bleiben geheim

An der schweigenden Mehrheit von CDU und FDP ist im Stadtrat ein Antrag der LINKSFRAKTION gescheitert, mit dem Transparenz über Spendeneingänge bei der Stadt gefordert wurde. Über zwei Fälle des sogenannten Sponsoring war die LINKSFRAKTION zuvor gestolpert: zum einen sponserte die Henkel KG eine Fachtagung der Stadt zur beruflichen Situation von Frauen. Der Abbau von 500 Arbeitsplätzen bei Henkel in Düsseldorf war dort jedoch kein Thema. Zum anderen sponserte die Victoria-Versicherung eine Ausstellung im Hentrich-Museum. Kurz zuvor wurde der Victoria-Versicherung ein Neubau an der Fischerstraße von der Stadt genehmigt, durch den der historische Golzheimer Friedhof gefährdet ist. Selbst den Ratsmitgliedern bleibt verborgen, wie viel Geld welche Unternehmen an die Stadt „spenden“ und in welchem Zusammenhang dies mit eventuellen Gegenleistungen steht. Daher der Antrag zu einem jährlichen „Sponsoring“-Bericht, in dem entsprechenden Zahlen und Fakten aufgelistet werden sollen. Obwohl die LINKSFRAKTION ausdrücklich darauf hinwies, dass auch die bekannte Anti-Korruptionsorganisation „Transparency International“ einen solchen Bericht von den Städten fordert, stimmten nur die LINKSFRAKTION und die Grünen für den Antrag. CDU und FDP begründeten noch nicht einmal ihr Nein.

## Stadt rechnet mit mehr Gerichtsverfahren

Die Verwaltung will im Jahr 2009 die Mittel für die Beauftragung von Rechtsanwälten und für die Erstellung von Gutachten im Rahmen sozial- und verwaltungsgerichtlicher Verfahren verdoppeln. „Das betrifft Schwerstbehinderte, Menschen mit Alters-Grundsicherung und Hartz-IV-BezieherInnen“, erläutert Frank Laubenburg von der LINKSFRAKTION. „Kosten fallen letztlich nur an, wenn sozial- oder verwaltungsgerichtliche Verfahren verloren gehen, die Verwaltung also zuvor rechtswidrig gehandelt hat. Das will sie jetzt wohl noch stärker tun“. Die LINKSFRAKTION hat sich deshalb für eine deutliche Senkung der Mittel ausgesprochen. Gerichtliche Auseinandersetzungen sollten vielmehr vermieden werden. In Zweifelsfällen soll seitens der Verwaltung endlich zugunsten der Betroffenen entschieden werden.

# CDU/FDP schwächen Sparkassen

## LINKSFRAKTION gegen Privatisierung - und für kostenlose Konten

Im Landtag haben CDU und FDP ein neues Sparkassengesetz verabschiedet. Neu im Gesetz: in den städtischen Haushalten muss künftig das Trägerkapital der Sparkassen als Vermögen ausgewiesen werden. Die Folge davon ist, dass gerade finanzschwache Kommunen unter Druck geraten ihre Sparkassen zu verkaufen. Gegen den Gesetzentwurf gab es zahlreiche Initiativen der Gewerkschaft ver.di und anderer. Über 8.000 MitarbeiterInnen von Sparkassen demonstrierten vor dem Landtag. Durch diesen Protest konnten einige

Verschlimmerungen verhindert werden. Im Düsseldorfer Stadtrat äußerten sich CDU und FDP mit keinem Wort zur Zukunft der Sparkassen, obwohl ein Antrag der LINKSFRAKTION zum Thema vorlag. Mit dem Antrag der LINKSFRAKTION sollte der Landtag aufgefordert werden, auf das neue Gesetz zu verzichten. SPD und Grüne schlossen sich den Argumenten der LINKSFRAKTION an und stimmten dem Antrag zu.

Völlig unklar blieben im Stadtrat die Positionen des neuen Oberbürgermeisters Dirk Elbers. Er wirkte während

der Debatte schlichtweg überfordert und ergriff auch nach mehrmaliger Aufforderung nicht das Wort, um seine Meinung zur Zukunft der stadtparkasse darzustellen.

Im Februar steht das Thema Sparkasse erneut im Stadtrat an. Die LINKSFRAKTION fordert kostenfreie Girokonten bei der städtischen Sparkasse. Gerade Menschen mit geringem Einkommen können sich 5,20 Euro Kontoführungsgebühr im Monat nicht leisten, sind aber gezwungen, ein Girokonto zu haben.

## „Kulturbeutel“ für Jugendliche

Die Idee ist einfach: zum 15. Geburtstag erhalten alle Düsseldorfer Jugendlichen einen „Kulturbeutel“, mit dem sie alle städtischen Kultureinrichtungen und auch Angebote freier Träger ein Mal kostenlos besuchen können. Kultur soll erlebbar werden, die Stadt soll so ihrem bildungspolitischen Auftrag gerecht werden, lautete der Vorschlag der LINKSFRAKTION. Doch alle anderen Parteien im Kulturausschuss lehnte den Antrag ohne nähere Begründung ab.

Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der LINKSFRAKTION, einen eintrittsfreien Tag in der Woche für die Düsseldorfer Museen einzuführen. In vielen anderen europäischen Städten sind solche eintrittsfreien Tage längst selbstverständlich.

## KITA-Gebühren: Elbers bricht Wahlversprechen

„Kostenfreie Kindertagesstätten für alle Kinder“, war das Motto der Oberbürgermeisterkandidaten Dirk Elbers (CDU), Karin Kortmann (SPD) und Helmut Born (DIE LINKE).

Für Dirk Elbers spielte diese Wahlaussage schon vier Tage nach der Wahl dann keine Rolle mehr. Für unter 3jährige Kinder wird es keine Beitragsfreiheit geben. Ein entsprechender Antrag der LINKSFRAKTION wurde bereits einige Stunden nach der Vereidigung von Elbers als Oberbürgermeister abgelehnt. Von Elbers, der CDU und FDP. Für die Fraktionsvorsitzende der LINKSFRAKTION, Adelgunde Kahl, ein Unding. „Vier Tage nach der Wahl nicht mehr zu seinem Wort zu stehen, ist unverschämte“.

Die LINKSFRAKTION hatte noch kurz vor den OB-Wahlen überlegt, eine Sondersitzung des Rates zu Abschaffung der Gebühren für den Donnerstag vor den Wahlen zu beantragen. „Wir haben das dann nicht gemacht, weil man uns dann nur Populismus und Wahlkampf vorgeworfen hätte“, meint Adelgunde Kahl. „Beim nächsten Mal werden wir aber alle Register ziehen, damit die Versprechen der anderen Parteien vor dem Wahltermin zur Abstimmung kommen.“

Zu den Haushaltsberatungen wird die LINKSFRAKTION erneut die Gebührenfreiheit für Kitas fordern - und sich für kleinere Gruppen und eine qualifiziertere Betreuung in den Kindertagesstätten einsetzen, zum Wohl der Kinder.

# Kiefernstrasse muss bleiben!

## Die Stadt pflegt ihre Häuser nicht - und vertröstet die MieterInnen

Seit über zehn Jahren wurden in den Wohnhäusern in der Kiefern- und der Fichtenstrasse, die der Stadt gehören, nur noch die dringendsten Reparaturarbeiten ausgeführt. Notwendige Instandsetzungsmaßnahmen wurden in dieser Zeit nicht in Angriff genommen.

Laut einem Gutachten, dass das Amt für Immobilienmanagement in Auftrag

Zurzeit finden Gespräche zwischen der Städtischen Wohnungsgesellschaft, dem Amt für Immobilienmanagement und den Bewohnerinnen und Bewohnern statt, um den Umfang der Modernisierungsmaßnahmen festzulegen. Durch diese Gespräche ist die Stadt als Eigentümerin aber nicht aus der Pflicht entlassen, notwendige Maßnahmen

LINKSFRAKTION im zuständigen Fachausschuss den Antrag gestellt, in den Haushalt 2009 einen Betrag von 1,0 Mio. Euro aufzunehmen. Damit könnte man im nächsten Jahr zumindest mit der Instandsetzung beginnen. Der Antrag wurde von CDU, FDP, SPD und Bündnis90/Grüne einstimmig abgelehnt.



Die Kiefernstrasse muss saniert werden

gegeben hatte, hat sich die Durchführung dieser Maßnahmen mittlerweile zu einem Betrag von ca. 4,0 Millionen Euro summiert. Eine komplette Sanierung einschließlich Modernisierung würde zwischen 7,0 und 12,0 Millionen Euro kosten.

zum Erhalt der Häuser durchführen zu lassen. Jeder Vermieter und jede Vermieterin haben diese Verpflichtung zu erfüllen.

Auch im Haushalt für 2009 ist kein Budget enthalten, solche Maßnahmen durchzuführen. Deshalb hat die

So ist gewährleistet, dass auch im nächsten Jahr die Häuser weiter verfallen werden, ohne dass dem entgegengewirkt wird. Das nächste Gutachten wird dann wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, dass die Häuser für 4,0 Mio. Euro nicht einmal mehr instandgesetzt werden können.

# Kein Raum für MigrantInnen

## Stadt verschleppt Zentrum für Integrationsarbeit

Am 30. September 2007 musste die Auxilium gGmbH und die damals kooperierenden Vereine und Gruppen das Gelände Mindener Str. 24 verlassen. Hintergrund dafür war, dass das Amts- und Landesgericht in Düsseldorf von der Altstadt nach Oberbilk verlagert werden soll, deshalb hatte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW dem Auxilium den Pachtvertrag gekündigt. Damit verloren mehr als 30 ausländische und deutsche Vereine ihr gemeinsam organisiertes Zentrum. Das Gebäude stand zu einem kleinen Teil der Einfahrt für die Gefangenentransporte im Wege. Eine durchaus machbare Änderung der Planung wurde verweigert.

Es dürfte unstrittig sein, dass das Auxilium in den 25 Jahren seines Bestandes, mit den dort tätigen ausländischen und deutschen Vereinen und Gruppen wichtige Akzente in Düsseldorf gesetzt hatte. Die Vereine und die meist ehrenamtlich tätigen Personen haben in dem „Haus für Selbsthilfe, Kultur und Begegnung“ wertvolle Integrationsarbeit in den Stadtteilen Flingern/Oberbilk und darüber hinaus geleistet.

Die Vereine, die Gruppen und die Parteien im Stadtrat hielten es für außerordentlich wichtig, dass das Auxilium dort oder in der näheren Umgebung weiter mit seinem damaligen Angebotspektrum tätig sein kann. Der damalige Vorsitzender des Ausschusses für Regionale und Europäische Zusammenarbeit

(AREZI), der CDU-Ratsherr Mauersberger, hatte die Entschlossenheit von Rat und Verwaltung in der Sitzung am 06. Dezember 2006 mit den Worten zusammengefasst: „Wir wollen und wir werden helfen.“

Trotz allen Beteuerungen, ist bis heute nichts geschehen.



Wüste blieb übrig

© Jochen / PIXELIO



## Feste Stellen statt Ein-Euro-Jobs

Städtische Personalpolitik muss sich grundlegend ändern

Eine andere Personalpolitik bei der Stadt fordert die LINKSFRAKTION in mehreren Anträgen zum Haushalts- und Stellenplan 2009. So sind mehrere hundert Stellen bei der Verwaltung nicht besetzt. „Der Stellenplan ist auch gar nicht ausfinanziert, es wird nicht genug Geld zur Verfügung gestellt“ beklagt der stellvertretende Vorsitzende der LINKSFRAKTION, Gilbert Yimbou. Genau das will die LINKSFRAKTION nun ändern. Auch die Ausbildungsquote soll erhöht werden. „Für Verwaltungen empfiehlt der DGB eine Ausbildungsquote von 7%, davon sind wir noch weit entfernt“ meint Gilbert Yimbou. Im Gegensatz zu früher würden viele Auszubildende auch noch nicht einmal mehr befristet übernommen.

In immer mehr Verwaltungsbereichen werden zudem Ein-Euro-Jobs geschaffen. Das lehnt die LINKSFRAKTION komplett ab. Sie will statt dessen tariflich bezahlte Arbeitsplätze. CDU und FDP argumentieren hingegen immer mit Bürokratieabbau und einer sparsamen Verwaltung, wenn es um die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geht.

„Ich verstehe nicht“, sagt Gilbert Yimbou, „was es mit Bürokratieabbau zu tun haben soll, wenn durch unbesetzte

Stellen in den Bürgerbüros lange Wartezeiten entstehen.“ Fenster in Schulen würden nicht geputzt, weil Reinigungskräfte fehlten, auch in den Kindertagesstätten fehle qualifiziertes Personal.



© Andrea Rudolph

Vor diesem Hintergrund sei es reine Polemik, wenn CDU und FDP ihre Personalpolitik als Bürokratieabbau verkaufen würden.

Nicht abfinden will sich die LINKSFRAKTION mit den Ausgliederungen von Aufgaben aus der öffentlichen Verwaltungen und dem damit verbundenen Tarifvertrag.

Erst vor kurzem konnte eine Ausgründung bei der AWISTA, die nur dem Lohndumping dienen sollte, verhindert werden. Aktuell kämpfen die Symphoniker darum, dass ihre Verträge nicht vom öffentlichen Dienst abgekoppelt werden.

In den städtischen Museen sollen demnächst AkademikerInnen als Aufsicht beschäftigt werden - und dabei weniger kosten als die derzeit dort tätigen privaten Bewachungsdienste.

In all diesen Bereichen fordert die LINKSFRAKTION eine andere Personalpolitik des Rates ein.

„Von Arbeit muss man leben können. Wenn das im öffentlichen Dienst nicht mehr der Fall ist, wie sollen wir dann denn noch Druck auf die Konzerne machen, damit es faire Löhne gibt?“, fragt Gilbert Yimbou angesichts der neoliberalen Politik der Stadtspitze.

## Pogromnacht: Mahnmal am Mintropplatz?

„Als ich des Morgens aus der Reichsbahnunterführung von der Ellerstraße zum Mintropplatz kam, warfen SA-Leute gerade ein Klavier aus dem dritten Stock in die Tiefe. Beim Aufprall zerrissen sämtliche Klaviersaiten. Die schrillen Töne, die dabei entstanden, sind mir noch jahrelang durch Mark und Bein gegangen. Ein Klavier, das war für mich als Arbeiterkind einer höchst musikalischen Familie das allergrößte. Wie man ein Klavier aus dem Fenster werfen konnte, eine solche Untat empfand ich als Akt der Barbarei.“

So erinnert sich Peter Baumöller, langjähriger Gewerkschafter und Mitglied der LINKEN, an den 9. November 1938. Von den Nazis organisiert wurden in dieser Nacht für jeden sichtbar Synagogen niedergefackelt, Häuser, Wohnungen und Geschäfte jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger angegriffen und vernichtet.

In Düsseldorf fanden im jener Nacht fast 500 gezielte Überfälle auf jüdische Menschen oder ihre Häuser und Geschäfte statt. Mindestens 18 Menschen wurden in Düsseldorf ermordet oder verstarben in den Folgezeit an den Folgen der Überfälle. Die Pogromnacht war der Übergang von Diskriminierung

und Ausgrenzung hin zu offener Verfolgung und zur fast vollständigen Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. In der Bezirksvertretung Bilk thematisierte Dr. Dieter Sawalies (LINKSFRAKTION) nun das Geschehen dieser Nacht am Mintropplatz. Die Bezirksvertretung beschloss, der Kulturausschuss solle „wohlwollend prüfen“, ob auf dem Mintropplatz ein Mahnmal

zur Erinnerung an die Reichspogromnacht errichtet werden kann. „Ein aus dem Fenster auf den Platz geworfenes, zertrümmertes Klavier wäre somit eine sinnvolle Grundidee für die künstlerische Umsetzung. Die Barbarei der Nazis würde aufgezeigt“, erläutert Dr. Dieter Sawalies seine Initiative, für die sich die LINKSFRAKTION auch im Kulturausschuss einsetzen wird.



Brennendes Mobiliar auf der Adersstrasse 9.11.1938

© Stadtarchiv

## Asylbewerbern wird Krankenhilfe gekürzt

Die Verwaltung plant eine Kürzung der Mittel für die medizinische Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber um über 65%. Begründung: die Zahl der Berechtigten geht um 24% zurück. Die LINKSFRAKTION Düsseldorf hält die angemessene medizinische Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern für notwendig und fordert daher die Beibehaltung des ursprünglichen Haushaltsansatzes.

„Es ist ein Skandal, dass Asylsuchende sich immer noch nicht krankenversichern können. Jetzt noch die Leistungen zusammenzustrichen, ist schlichtweg unmenschlich“, meinte Frank Lauburg von der LINKSFRAKTION bei den Haushaltsberatungen im Sozialausschuss. Doch die Mehrheit setzte die Kürzungen durch.

## Bericht zur Frauenarmut unerwünscht

Frauen verlieren schneller ihren Arbeitsplatz und haben größere Schwierigkeiten nach einer Pause erneut ins Arbeitsleben einzusteigen. Sie werden wesentlich öfter prekär beschäftigt und erhalten weniger Geld als Männer, trotz gleichwertiger Arbeit.

Vor zehn Jahren hatte sich die Stadtverwaltung die Mühe gemacht, Frauenarmut in Düsseldorf im Rahmen eines Berichts darzustellen. Die damaligen Zahlen waren bereits erschreckend, nach Einschätzung der LINKSFRAKTION hat die Frauenarmut in unserer Stadt seitdem deutlich zugenommen.

Deshalb sollte auf Antrag der LINKSFRAKTION im Frauenausschuss ein neuer Bericht erstellt werden. Mit konkreten Zahlen und Vorschlägen zur Bekämpfung der Armut von Frauen. Der Vorschlag wurde abgeblockt. Die Verwaltung verwies auf ihre angeblich ohnehin „umfangreiche Berichterstattung zu sozialen Fragen“ und legte dazu eine aktuelle Broschüre vor.

„Letztlich sagt die Verwaltung in der Broschüre selbst, dass man sich Daten und Fakten aus unterschiedlichsten Quellen zusammenklauben muss, wenn man zu einem Thema etwas wissen möchte“, erläutert Adelgunde Kahl.

Zu zahlreichen Themen hat die Stadt nur dann berichtet, wenn die LINKSFRAKTION entsprechende Anfragen gestellt hat. Die Folgen von Hartz IV etwa wären sonst so gut wie gar nicht thematisiert worden.



# Kohlekraftwerk verhindern!

**LINKSFRAKTION: Stadt soll im Bündnis mit ASTR(H)EIN Widerstand leisten**

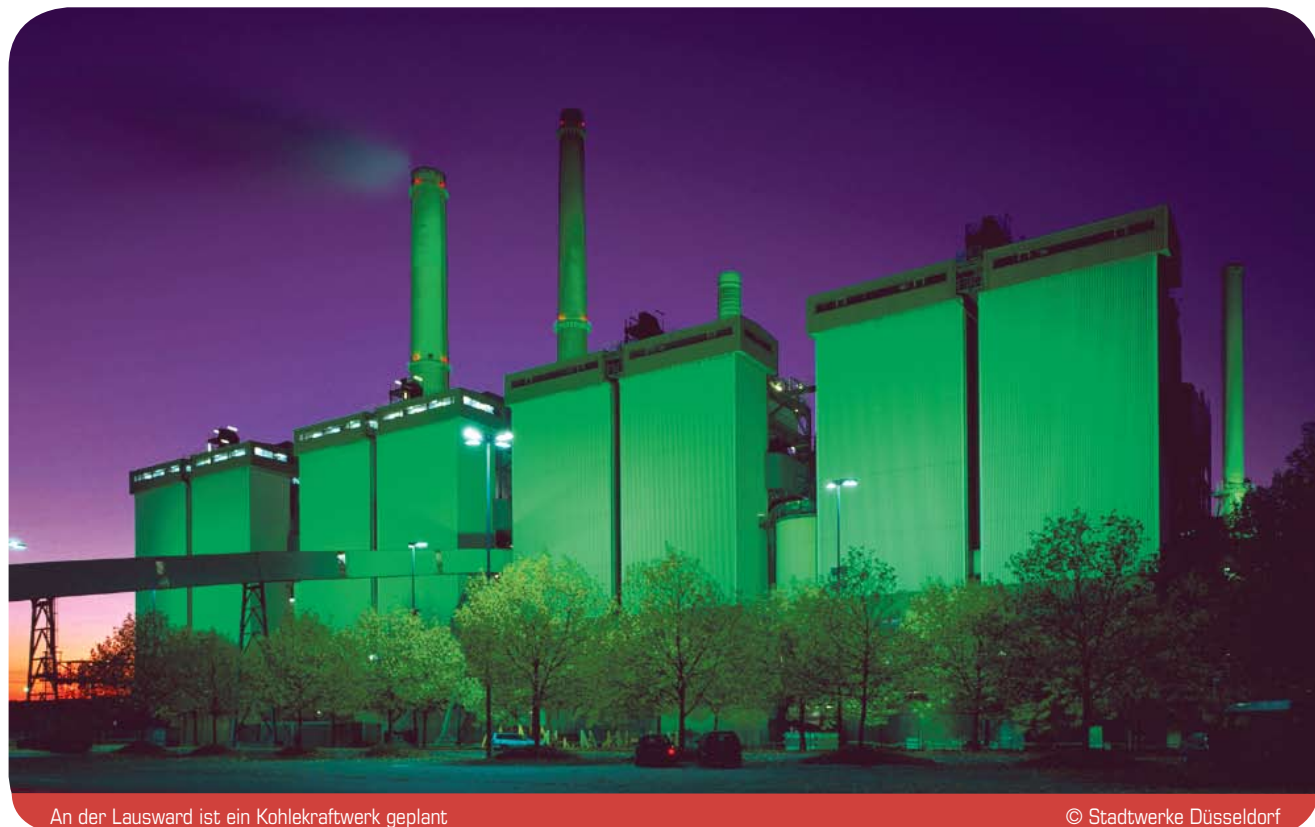
Die Stadtwerke Düsseldorf - von CDU und FDP an den Stromkonzern EnBW verkauft - wollen in der Düsseldorfer Lausward ein Kohlekraftwerk bauen. Die 400-Megawatt-Anlage ist für die Stromversorgung in Düsseldorf überflüssig. Sie würde den Kohlendioxid-Ausstoß in Düsseldorf um 50% erhöhen und jährlich mehr als 160 Tonnen Feinstaub, 1.800 Tonnen Stickstoffoxid und einen giftigen Cocktail aus Blei, Quecksilber und Arsen in die Düsseldorfer Luft blasen. Die LINKSFRAKTION hält es für notwendig, diesen Bau zu verhindern. Genehmigungsbehörde ist nicht die Stadt, sondern die Bezirksregierung. Doch auch die Stadt hätte handeln können: einen Antrag der LINKSFRAKTION, den Bebauungsplan Lausward so zu gestalten, dass ein Kohlekraftwerk unmöglich wird, lehnte die Ratsmehrheit jedoch ab. Zu den Haushaltsberatungen beantragt die LINKSFRAKTION nun den Beitritt der Stadt zum Bündnis "ASTR(H)EIN - sauberer Strom am Rhein" und eine finanzielle Unterstützung des anstehenden Widerstands gegen das Kraftwerk, über dessen Bau der Aufsichtsrat der Stadtwerke offiziell erst im Februar 2009 beraten will. Über das Bündnis ASTR(H)EIN sprach der R(H)EINBLICK mit Dirk Jansen, dem Geschäftsführer des Bundes für Umwelt- und Naturschutz NRW (BUND).

**R(H)EINBLICK:** Herr Jansen, Sie sind der Sprecher von ASTR(H)EIN. Was ist ASTR(H)EIN?

Dirk Jansen: ASTR(H)EIN ist ein Aktionsbündnis verschiedener Umweltverbände, Globalisierungskritiker und Parteiorganisationen. Diese setzen sich für eine umweltfreundliche Energieerzeugung in Düsseldorf und damit aktiv gegen die Errichtung eines Kohlekraftwerkes am Rhein ein.

**R(H)EINBLICK:** Nachdem die Stadtwerke monatelang verbreitet haben, dass noch keine Investitionsentscheidung für ein Kohlekraftwerk gefallen ist, haben Sie Ende August 2008 einen Antrag auf Genehmigung des Vorhabens bei der Bezirksregierung gestellt. Wie haben sie darauf reagiert?

Dirk Jansen: Der BUND, eine unserer Mitgliedsorganisationen, hat eine 82-seitige Stellungnahme beim Regierungspräsidenten eingereicht. Darin kommt der BUND zu dem Schluss, dass eindeutig gegen geltende Vorschriften verstoßen wird. Vor Errichtung des Vorhabens muss geprüft werden, ob die Vorschriften des Immissions-, Wasser- und Naturschutzes eingehalten werden. Das ist hier nicht erfolgt. Insbesondere liegen erhebliche Konflikte mit dem Schutz des Rheins und seiner seltenen Fischarten sowie mit der Luftreinhalteplanung vor. Wegen dieser gravierenden



An der Lausward ist ein Kohlekraftwerk geplant

© Stadtwerke Düsseldorf

Mängel muss die Bezirksregierung den Antrag zurückweisen und das weitere Verfahren aussetzen.

**R(H)EINBLICK:** Die LINKSFRAKTION hat im Rat der Stadt Düsseldorf eine Resolution eingebracht, in der die Stadt aufgefordert wird, dem Aktionsbündnis ASTR(H)EIN beizutreten. Was halten Sie davon?

Dirk Jansen: Kommt das Kraftwerk, würden sich die Düsseldorfer Kohlendioxid-Emissionen auf einen Schlag um 50 % erhöhen. Dazu stößt ein solches Kraftwerk trotz angeblich modernster

Filtertechnik einen gefährlichen Cocktail von Feinstaub, Schwermetallen und radioaktiven Substanzen aus. Ein solches Steinkohle-Kraftwerk birgt große gesundheitliche Risiken und würde die Lebensqualität in unserer Stadt wesentlich verschlechtern. Außerdem sehen wir keine energiepolitische Notwendigkeit für das Vorhaben. Deshalb müssten der Rat der Stadt und die Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Errichtung des Kohlekraftwerkes ablehnen. Eine entsprechende Resolution und ein Beitritt zu ASTR(H)EIN wären

die logische Konsequenz und würde von mir begrüßt werden.

**R(H)EINBLICK:** Wie geht es weiter?

Dirk Jansen: In Kürze werden alle Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger an dem Genehmigungsverfahren beteiligt. Sie haben dann Gelegenheit, Kritik an dem ebenso überflüssigen wie schädlichen Vorhaben einzubringen.

Mit der öffentlichen Auslegung der Unterlagen beginnt der Lauf der kurzen Einwendungsfrist von 1 Monat (Dauer der öffentlichen Auslegung der Unterlagen) zuzüglich 2 Wochen. Mit Ablauf dieser Frist noch nicht vorgetragene Einwendungen gegen das Vorhaben sind von der späteren Berücksichtigung - auch im Rahmen einer etwaigen Klage gegen die Anlagengenehmigung - ausgeschlossen. Auf einem so genannten Erörterungstermin müssen dann die Stadtwerke und Genehmigungsbehörden Rede und Antwort stehen.

Können die Einwendungen nicht ausgeräumt werden, darf das Kraftwerk nicht genehmigt werden.

Das heißt: Wer helfen will, dieses Steinkohlekraftwerk zu verhindern, muss jetzt aktiv werden! ASTR(H)EIN bietet hierzu Unterstützung an. Schon bald werden wir Mustereinwendungen und Unterschriftenlisten zur Verfügung stellen. Detaillierte Informationen und Bausteine für individuelle Einwendungen werden ebenso wie eine automatischer „Einwendungs-Generator“ im Internet angeboten. Schon jetzt sind online alle wesentlichen Infos abrufbar.

**R(H)EINBLICK:** Herr Jansen, wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg.



Dirk Jansen vom BUND



## „Nulltarif-Mentalität für Luxuslauben“ Kleingartenpächter sind von hohen Kosten bedroht

Die Idee klang gut: alle Düsseldorfer Kleingärten sollen bis 2009 an das städtische Kanalnetz angeschlossen werden. Nur wer genau die Kosten trägt und wie hoch diese sind, das blieb vielen Kleingartenvereinen unklar, als sie die entsprechenden Verträge mit der Stadt abschlossen.

Bis zu 5.000 Euro soll nun jeder Gartenpächter für den Kanalanschluss aufbringen. Dabei verfügen viele Gartenpächter nur über ein geringes Einkommen oder eine kleine Rente. Als diese Misere deutlich wurde, gab es die Idee von „Darlehen“ an die Kleingärtner. Doch auch das greift nicht. Wer im Rentenalter ist, will sich nicht noch für seinen Garten verschulden; wer kein Geld hat, kann auch kein Darlehen zurückzahlen.

Die LINKSFRAKTION hat daher beantragt, 1,2 Millionen Euro als Kostenbeteiligung der Stadt für die Kanalanschlüsse in Kleingartenanlagen bereit zu stellen. Denn, so Helmut Klier, selbst Vorsitzender eines Kleingartenvereins und Vertreter der LINKSFRAKTION im zuständigen städtischen Ausschuss: „Die Kleingartenanlagen dienen ja auch der Öffentlichkeit zur Erholung, die Förderung des Kleingartenwesens ist sogar in der Landesverfassung verankert.“

Zudem würde Kleingartenbesitzern mittlerweile gedroht, ihnen die Wasserabfuhr abzusperren, nicht wenige geben ihren Garten verzweifelt auf. Der Rat beschloss daher, auch mit den Stimmen der LINKSFRAKTION, dass eine „Kleine Kommission Kleingärten“ sich um die Angelegenheit kümmert. Doch seit Februar ist nichts passiert. Der Vorsitzende der Kommission, CDU-Mann Rüdiger Gutt, wettet nun allerdings gegen den Vorschlag der LINKSFRAKTION. „Das ist

Nulltarif-Mentalität für Luxuslauben“, diffamierte er den Antrag der LINKSFRAKTION. Nicht nur CDU, auch SPD und FDP lehnten den Antrag auf Unterstützung der Kleingärtner ab.

Etwas anderes wurde hingegen beschlossen: eine 400 Meter lange Joggingstrecke in Oberkassel soll für 170.000 Euro nachts beleuchtet werden. Das wiederum hält die LINKSFRAKTION für Luxusmentalität.



Die Idylle ist bedroht

© Balzer Matthias / PIXELIO

## OSD muss aufgelöst werden!

Für 2009 sind 1200 Einsätze gegen Randgruppen geplant

Die Haushaltsberatungen für 2009 der Stadt Düsseldorf hat die LINKSFRAKTION zum Anlass genommen, die Auflösung des Ordnungs- und Servicedienstes des Ordnungsamtes (OSD) zu beantragen.

Der Zweck dieses Antrages ist es nicht, Kosten zu sparen oder ArbeitnehmerInnen ihren Arbeitsplatz zu nehmen, sondern es geht um einen toleranten und humanen Umgang der Stadtverwaltung mit den Menschen der Stadt, der mit dem OSD nicht zu erreichen ist. Im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung wird dem OSD das Planungsziel vorgegeben, möglichst 1200 „Einsätze wegen Randgruppen“ zu vollziehen und 2000 Platzverweise auszusprechen. Diese Zielvorgabe richtet sich vor allem gegen Menschen, die ohne festen Wohnsitz in Düsseldorf leben, also gegen EinwohnerInnen dieser Stadt. Es soll nach aussen der Eindruck erweckt werden in der reichen Metropole am Rhein gebe es keine sozialen Probleme.

Die Zielvorgabe im Haushalt wird den repressiven Kampf gegen die Armen

der Stadt weiter verstärken. Es gilt aber die Armut und nicht die Armen zu bekämpfen.

Der OSD wurde in den vergangenen Jahren personell immer weiter ausgebaut, um den repressiven Aufgaben flächendeckend nachzukommen. So werden beispielsweise Menschen, die weder Wohnung noch einen Arbeitsplatz haben, mit Verwarnungsgeldern von bis zu 38,- Euro belegt, weil sie sich auf öffentlichen Plätzen in Gruppen treffen oder in der Öffentlichkeit Bier trinken. Das Amtsgericht Düsseldorf hat dieses Vorgehen als nicht rechtmäßig gerügt und dem OSD aufgezeigt, dass sich die OSD MitarbeiterInnen häufig rechtswidrig verhalten. Bisher hat der OSD alle Verfahren verloren, die gegen Maßnahmen des OSD angestrengt wurden. Aber nur wenige klagen da nicht jeder den Mut und die Kraft hat sich zu wehren.

Während viele EinwohnerInnen der Stadt vor Kneipen im Freien sitzen und beim Alkoholtrinken von umweltfeindlichen Heizpilzen gewärmt werden, schi-

kaniert der OSD die Armen der Stadt und vertreibt sie aus der Öffentlichkeit.

Das Problem, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht kann in einer Gesellschaft nicht dadurch gelöst werden, dass man die Armen einer Stadt an den Rand drängt. Vielmehr sind auch sie gleichberechtigte EinwohnerInnen einer Stadt.

Die Abschaffung des „Ordnungs- und Servicedienstes des Ordnungsamtes“ ist ordnungs- und sozialpolitisch notwendig, will man eine für alle lebenswerte Stadt, die ihre sozialen Probleme nicht versteckt. Die notwendigen Aufgaben wie Verkehrsüberwachung, Einhaltung des Jugendschutzes und Überprüfung der Gewerbebetriebe müssen an die entsprechenden Ämter rückgeführt werden und können dort von den bisherigen MitarbeiterInnen des OSD übernommen werden.

Dies wäre ein erster Schritt für eine Stadt, die sich für alle Menschen einsetzt und niemandem mehr das Gefühl gibt, er sei ein Mensch zweiter Klasse.

## Bundeswehr und Düsseldorf

Seit Januar 2007 findet die deutschlandweite Umsetzung der neuen „ZMZ-Struktur“ (Neuordnung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit) statt. Auf unterster Ebene wurden bundesweit 457 Verbindungskommandos in den Regierungsbezirken bzw. Landkreisen und kreisfreien Städten aufgestellt. Für NRW sind in allen fünf Bezirksregierungen und in 54 Landkreisen und kreisfreien Städten sogenannte Bezirks- und Kreisverbindungskommandos (BVK und KVK) installiert worden. Mit Erlass vom 03.08.2007 wurden die Kreise und kreisfreien Städte vom NRW-Innenministerium aufgefordert die Ausgestaltung der ZMZ den Wünschen der Bundeswehr anzupassen. Dies war Anlass genug für die LINKSFRAKTION eine Anfrage im Stadtrat zu der Ausgestaltung der Zusammenarbeit der Stadt Düsseldorf und der Bundeswehr zu stellen. Die Antwort war wie so häufig unbefriedigend und ausweichend. Demnach entstehen der Stadt weder Kosten noch Ausgaben. Entgegen der Angaben der Bundeswehr behauptet die Stadtverwaltung, dass die Gefahrenabwehrbehörde (der Krisenstab) über die Anforderung der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr entscheidet. Frank Laubenburg (LINKSFRAKTION) dazu: „Die Maßnahmen leisten einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft Vorschub. Wir lehnen das entschieden ab.“

## IMPRESSUM

### Rheinblick

**Herausgeberin:**  
LINKSFRAKTION  
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

**Redaktion:**  
Frank Laubenburg, Oktay Demirel,  
Songül Karabulut, Angelika Kraft-  
Dlangamandla, Michael Friebe, Ben Klar,  
Dietmar Liebetanz

**Tel:**  
0211 8995123

**Fax:**  
0211 8929588

**email:**  
info@linksfraktion-duesseldorf.de

**V.i.S.d.P.:**  
Frank Laubenburg

**Druck:**  
Berliner Zeitungsdruck

**Auflage:**  
12.000



### Kungelrunde ohne LINKSFRAKTION

Er soll den Oberbürgermeister bei seinen Amtsgeschäften im Zusammenhang mit der Leitung der Ratssitzungen beraten, der "Ältestenrat" des Stadtrates. Kurz nach der Gründung der LINKSFRAKTION erhielt die Fraktionsvorsitzende Adelgunde Kahl auch eine Einladung zu diesem Gremium – und ging hin. Als die Niederschrift über die Sitzung eintraf, wunderte sich Adelgunde Kahl: „Da stand, ich hätte die Tagesordnung der Ratssitzung zustimmend zur Kenntnis genommen, dabei wurde darüber gar nicht abgestimmt.“ Im Protokoll der nächsten Sitzung wurde sie dann sogar als anwesend geführt, obwohl sei gar nicht da war. „Der Ältestenrat ist eine merkwürdige Runde, die geheim tagt und in der Gemeindeordnung auch gar nicht vorgesehen ist“, begründet Adelgunde Kahl die Nicht-Teilnahme der LINKSFRAKTION an zukünftigen Ältestenratssitzungen. „Wir stehen für eine transparente Politik, das widerspricht solchen Kungelrunden.“



Adelgunde Kahl

## Sozialticket muss sein! Mobilität für Alle zentrales Ziel der LINKSFRAKTION

Der Kampf für ein verbilligtes „Sozialticket“ für den öffentlichen Nahverkehr gewinnt in Düsseldorf an Dynamik. Die LINKSFRAKTION hat zu den Haushaltsberatungen im Sozialausschuss ein Monatsticket für 10 Euro beantragt, für alle, die einen Anspruch auf den Düsseldorfpass haben. Weil die Grünen jeweils noch Beratungsbedarf hatten, wurde der Antrag allerdings auf zwei Sitzungen noch nicht abgestimmt. Nun befasst sich der Stadtrat mit dem Thema.

Bereits im Oktober fand im Kulturzentrum ZAKK eine Podiumsdiskussion zum Thema Sozialticket statt. Dort sprachen sich VertreterInnen der Ratsfraktionen von CDU und FDP gegen ein solches Ticket aus – und bekamen den Unmut der über 100 ZuhörerInnen zu spüren.

Die SPD wollte sich nicht festlegen und will beantragen, dass der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr „die Einführung eines Sozialtickets prüft.“ Die Grünen wiederum wussten zwar, dass sie für ein Sozialticket sind, aber nicht, wie es ausgestaltet werden und was es kosten soll.

Die LINKSFRAKTION unterbreitete einen konkreten Vorschlag. Das Ticket dürfe nicht mehr als 10 Euro kosten und müsse neben Erwerbslosen auch RentnerInnen und Beschäftigten mit geringem Einkommen offen stehen.

Bestätigt fühlt sich die LINKSFRAKTION in ihrer Forderung auch durch eine aktuelle Umfrage, die der „Initiativkreis Armut“ durchgeführt hat. Über 650 Personen, die Düsseldorfer Armenküchen und Einrichtungen der Drogen- und Wohnungslosenhilfe aufsuchen, wurden befragt. 93,2 % der Befragten nutzen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) regelmäßig, davon 74,6 % täglich bzw. mehrmals täglich. Bei den Fahrtzielen geht es im Wesentlichen um soziale Einrichtungen, Behörden, Arbeitsgelegenheiten, die Substituti-



Mit Sozialticket fährt es sich wieder sicher

© Rheinbahn

onsstellen. Selbst im privaten Bereich werden Ziele wie Schule, Ärzte u.ä. angegeben. Viele der Befragten geben an, dass sie sich gerne ein Ticket holen würden, es sich oft aber nicht leisten könnten, also schwarzfahren. Fast 40% berichten, dass sie bereits wegen der „Erschleichung von Beförderungsmitteln“ verurteilt wurden oder noch Strafverfahren offen haben. Wenn die Geldstrafen an das Gericht nicht bezahlt werden können, wird Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet. Dazu kommt, dass die oft hoch verschuldeten Menschen das erhöhte Beförderungsentgelt von 40 Euro schon nicht zahlen können. Durch Mahngebühren und eingeschaltete Inkassounternehmen wird die Summe noch erheblich höher, so dass in letzter Konsequenz häufig der Gerichtsvollzieher vorbei geschickt wird. „Da werden Menschen erst in die Armut gerieben und dann kriminalisiert, weil sie kein Geld haben“ ärgert sich Frank Laubenburg von der LINKSFRAKTION über die erschreckenden Ergebnisse der Umfra-

ge. „CDU und FDP haben das Problem Sozialticket schlichtweg verschlafen“ meint Laubenburg.

Denn in anderen NRW-Städten ist man schon weiter. Seit dem 1. Februar 2008 erhalten Bedürftige in Dortmund unbürokratisch ein Sozialticket für 15 Euro. Das Ticket gilt im ganzen Stadtbereich. Aber auch in Bochum, Witten, Unna und Gelsenkirchen werden die Forderungen nach einem verbilligten Fahrausweis lauter. Deshalb fordert auch der DGB-NRW ein einheitliches Sozialticket für den ganzen Verkehrsverbund und appelliert an die Kommunen und den VRR, die Beratung des Vorhabens umgehend aufzunehmen. „Vor allem muss das Land NRW verhindern, dass die Mobilität der immer zahlreicher werdenden einkommensschwachen Bürger davon abhängt, ob eine Kommune Geld für die Einführung des Sozialtickets hat oder nicht. Mobilität ist Bestandteil öffentlicher Vorsorge und dafür muss das Land NRW die Finanzmittel zur Verfügung stellen“, so der DGB.

## Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der LINKSFRAKTION im Rat der Stadt Düsseldorf. Die LINKSFRAKTION möchte Sie mit dem „Rheinblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den

letzten Jahren ebenso erleben wie die LINKSFRAKTION im Rat der Stadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird umsonst verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine email an die LINKSFRAKTION Düsseldorf genügt.

LINKSFRAKTION Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

